

Mitteilung über Verarbeitung personenbezogener Daten

gemäß Artikel 13 der VERORDNUNG (EU) 2016/679 DES EUROPÄISCHEN PARLAMENTS UND DES RATES vom 27. April 2016 zum Schutz natürlicher Personen bei der Verarbeitung personenbezogener Daten und zum freien Datenverkehr und dem Gesetz Nr. 18/2018 Slg. über den Schutz personenbezogener Daten und zur Änderung und Ergänzung bestimmter Gesetze.

A. Identifikationsdaten des Betreibers:

Betreiber: **MM Jobs s.r.o.**, mit Sitz in Thurzova 442/16, 036 01 Martin, **ID-Nr.:** 55826521 (im Folgenden "Betreiber" genannt)

B. Zweck der Verarbeitung von personenbezogenen Daten durch den für die Verarbeitung Verantwortlichen:

Verarbeitung von Daten zum Zweck der Führung der Tagesordnung:

- Buchhaltungsunterlagen (Bearbeitung von Buchhaltungsunterlagen, Steueragenda, Debitoren- und Kreditorenbuchhaltung, Rechnungen,...)
- Juristische Agenda (Rechtsstreitigkeiten, Zwangsvollstreckungen, Verträge)
- Registratur (gesetzeskonforme Archivierung der Unterlagen)
- Auswahlverfahren
- Kunden-Datenbank
- Marketing
- Kundenrezensionen
- Bearbeitung von Anfragen der betroffenen Personen

C. Liste der personenbezogenen Daten:

- Vorname, Nachname, Titel, Unterschrift, Fachrichtung
- Telefonnummer, E-Mail Adresse,
- ständiger Wohnsitz

D. Zusätzliche Informationen

1. Personenbezogene Daten im Anwendungsbereich von Absatz C., die zum Zweck der Bearbeitung der Tagesordnung verarbeitet werden: Buchhaltungsunterlagen, juristische Agenda, Registratur, Bearbeitung von Anträgen der betroffenen Personen werden in Übereinstimmung mit Artikel 6, Absatz 1 c), der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates (GDPR) verarbeitet - die Verarbeitung personenbezogener Daten ist aufgrund einer speziellen Verordnung oder eines internationalen Vertrags, an den die Slowakische Republik gebunden ist, erforderlich.
2. Personenbezogene Daten im Umfang: Vorname, Nachname, Wohnort, E-Mail zum Zweck der Führung der Agenda: Kundendatenbank, Auswahlverfahren werden im Sinne von Artikel 6 Absatz 1 b) der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates (GDPR) verarbeitet - die Verarbeitung personenbezogener Daten ist für die Erfüllung des Vertrags erforderlich.
3. Personenbezogene Daten im Umfang: Vorname, Nachname, Adresse, E-Mail, zum Zweck der Führung der Agenda: Kundenrezensionen, Marketing werden im Sinne von Artikel 6, Absatz 1 a), der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates (GDPR) - auf der Grundlage der Einwilligung der betroffenen Person - verarbeitet.
4. Personenbezogene Daten werden an Dritte im Sinne des Gesetzes (Finanzverwaltung) und an Vermittler, namentlich WEBISION s.r.o. (im Folgenden "Vermittler" genannt) auf der Grundlage von Verträgen weitergegeben.
5. Personenbezogene Daten werden nicht für automatisierte individuelle Entscheidungsfindung, einschließlich Profiling, verwendet.
6. Der für die Verarbeitung Verantwortliche erklärt, dass er bei der Auswahl der Auftragsverarbeiter deren fachliche, technische, organisatorische und persönliche Kompetenz sowie deren Fähigkeit die Sicherheit der verarbeiteten personenbezogenen Daten durch Maßnahmen im Sinne des Gesetzes Nr. 18/2018 Slg. über den Schutz personenbezogener Daten und der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates (GDPR) zu gewährleisten, berücksichtigt hat.

7. Der Betreiber erklärt, dass er alle Maßnahmen in Übereinstimmung mit dem Gesetz Nr. 18/2018 Slg. über den Schutz personenbezogener Daten und der Verordnung (EU) 2016/679 des Europäischen Parlaments und des Rates (GDPR) ergriffen hat und verpflichtet sich hiermit, diese Daten gegen zufällige und unrechtmäßige Beschädigung und Zerstörung, zufälligen Verlust, Änderung, unbefugten Zugriff und Offenlegung sowie gegen jede andere unzulässige Form der Verarbeitung gemäß den in der Datenschutz-Folgenabschätzung festgelegten Maßnahmen zu schützen.
8. Der Auftragsverarbeiter verpflichtet sich, personenbezogene Daten nur in dem Umfang und unter den Bedingungen zu verarbeiten, die im Auftrag des Auftragsverarbeiters zur Verarbeitung personenbezogener Daten vereinbart wurden.
9. Der für die Verarbeitung Verantwortliche erklärt, dass er keine personenbezogenen Daten an andere als die in dieser Bekanntmachung aufgeführten Auftragsverarbeiter weitergeben wird.
10. Der für die Verarbeitung Verantwortliche erklärt, dass er personenbezogene Daten nur in dem Umfang erheben wird, der für die Erfüllung des angegebenen Zwecks erforderlich ist, und dass er sie nur in Übereinstimmung mit dem Zweck, für den sie erhoben wurden, verarbeiten wird.
11. Der für die Verarbeitung Verantwortliche ist verpflichtet, die Vertraulichkeit der von ihm verarbeiteten personenbezogenen Daten zu wahren. Die Verpflichtung zur Vertraulichkeit besteht auch nach Beendigung der Verarbeitung personenbezogener Daten fort.
12. Für das Unternehmen gibt es keine verantwortliche Person. Kontaktdaten für die Ausübung Ihrer Rechte: info@mmjobs.sk Tel. : +421 905458925

E. Aufbewahrungsfrist personenbezogener Daten:

1. Verträge, Buchhaltungsunterlagen, Kassenbuch - 10 Jahre
2. Registrierung der ausgeübten Rechte der betroffenen Personen gemäß dem Gesetz Nr. 18/2018 Slg. über den Schutz personenbezogener Daten und über Änderungen und Ergänzungen zu bestimmten Gesetzen - gemäß dem Registrierungsplan
3. Registraturverwaltung - 10 Jahre (Registraturprotokoll), 5 Jahre (Annahmelisten der an die Registratur übertragenen Akten), 5 Jahre (Aufzeichnungen über die von der Registratur ausgeliehenen Akten), 10 Jahre (Stilllegungsverfahren), 5 Jahre (Aufzeichnungen über den Umlauf von Registraturunterlagen und Akten), 5* (Aufzeichnungen über Erfassungshilfen)
4. Rechtsstreitigkeiten - 5 Jahre
5. Bearbeitung von Buchhaltungsunterlagen - 10 Jahre
6. Pflege der Kundendatenbank - 10 Jahre
7. Verwaltung der Ausschreibungsagenda - 10 Jahre
8. Verwaltung der Tagesordnung für die Bearbeitung von Anträgen der betroffenen Personen - 10 Jahre
9. Verwaltung der Marketing-Agenda - 5 Jahre
10. Verwaltung von Kundenprüfungen - 5 Jahre

F. Informationen über die Rechte der betroffenen Person:

Recht auf Zugang

1. Die betroffene Person hat das Recht, von dem für die Verarbeitung Verantwortlichen eine Bestätigung darüber zu erhalten, ob sie betreffende personenbezogene Daten verarbeitet werden, und, falls dies der Fall ist, Zugang zu diesen personenbezogenen Daten und diesen Informationen zu erhalten:
 - a) Verarbeitungszwecke;
 - b) Kategorien der betroffenen personenbezogenen Daten;
 - c) die Empfänger oder Kategorien von Empfängern, an die die personenbezogenen Daten weitergegeben wurden oder werden, insbesondere Empfänger in Drittländern oder internationale Organisationen;
 - d) wenn möglich, die voraussichtliche Dauer der Aufbewahrung der personenbezogenen Daten oder, falls dies nicht möglich ist, die Kriterien für die Festlegung dieser Dauer;
 - e) das Bestehen des Rechts, von dem für die Verarbeitung Verantwortlichen die Berichtigung der die betroffene Person betreffenden personenbezogenen Daten oder die Löschung oder Einschränkung der Verarbeitung zu verlangen oder der Verarbeitung zu widersprechen;
 - f) das Recht, eine Beschwerde bei der Aufsichtsbehörde einzureichen;

- g) wenn die personenbezogenen Daten nicht bei der betroffenen Person erhoben wurden, alle verfügbaren Informationen über ihre Herkunft;
 - h) das Vorhandensein einer automatisierten Entscheidungsfindung, einschließlich Profiling gemäß Artikel 22 Absätze 1 und 4 der Verordnung, und in diesen Fällen zumindest aussagekräftige Informationen über das angewandte Verfahren sowie die Bedeutung und die voraussichtlichen Folgen einer solchen Verarbeitung für die betroffene Person.
2. Werden personenbezogene Daten an ein Drittland oder eine internationale Organisation übermittelt, so hat die betroffene Person das Recht, über die geeigneten Garantien gemäß Artikel 46 der Verordnung im Zusammenhang mit der Übermittlung informiert zu werden.
 3. Der für die Verarbeitung Verantwortliche stellt eine Kopie der verarbeiteten personenbezogenen Daten zur Verfügung. Für zusätzliche Kopien, die von der betroffenen Person angefordert werden, kann der für die Verarbeitung Verantwortliche eine angemessene Gebühr erheben, die den Verwaltungskosten entspricht. Hat die betroffene Person den Antrag auf elektronischem Wege gestellt, so werden die Informationen in einer allgemein gebräuchlichen elektronischen Form zur Verfügung gestellt, sofern die betroffene Person nichts anderes beantragt hat.
 4. Das in Absatz 3 genannte Recht auf Erhalt einer Kopie darf die Rechte und Freiheiten anderer nicht beeinträchtigen.

Recht auf Reparatur

Die betroffene Person hat das Recht, unrichtige personenbezogene Daten, die sie betreffen, unverzüglich von dem für die Verarbeitung Verantwortlichen berichtigen zu lassen. Im Hinblick auf die Zwecke der Verarbeitung hat die betroffene Person das Recht, unvollständige personenbezogene Daten vervollständigen zu lassen, auch durch Abgabe einer ergänzenden Erklärung.

Recht auf Löschung ("Vergessen")

1. Die betroffene Person hat ferner das Recht, von dem für die Verarbeitung Verantwortlichen zu verlangen, dass sie betreffende personenbezogene Daten unverzüglich gelöscht werden, und der für die Verarbeitung Verantwortliche hat die personenbezogenen Daten unverzüglich zu löschen, wenn einer der folgenden Gründe vorliegt:
 - a) die personenbezogenen Daten für die Zwecke, für die sie erhoben oder anderweitig verarbeitet wurden, nicht mehr erforderlich sind;
 - b) die betroffene Person ihre Einwilligung, auf deren Grundlage die Verarbeitung gemäß Artikel 6 Absatz 1 a) der Verordnung oder Artikel 9 Absatz 2 a) der Verordnung erfolgt, widerruft und es keine andere Rechtsgrundlage für die Verarbeitung gibt;
 - c) die betroffene Person legt gemäß Artikel 21 Absatz 1 Widerspruch gegen die Verarbeitung ein und es liegen keine vorrangigen berechtigten Gründe für die Verarbeitung vor, oder die betroffene Person legt gemäß Artikel 21 Absatz 2 der Verordnung Widerspruch gegen die Verarbeitung ein;
 - d) die personenbezogenen Daten unrechtmäßig verarbeitet wurden;
 - e) die personenbezogenen Daten gelöscht werden müssen, um einer rechtlichen Verpflichtung nach dem Unionsrecht oder dem Recht eines Mitgliedstaats, dem der für die Verarbeitung Verantwortliche unterliegt, nachzukommen;
 - f) die personenbezogenen Daten wurden in Verbindung mit dem Angebot von Diensten der Informationsgesellschaft gemäß Artikel 8 Absatz 1 der Verordnung erhoben.
2. Hat ein für die Verarbeitung Verantwortlicher personenbezogene Daten offengelegt und ist er gemäß Absatz 1 verpflichtet, diese zu löschen, so trifft er unter Berücksichtigung der verfügbaren Technologie und der Kosten für die Durchführung der Maßnahmen angemessene Maßnahmen, einschließlich technischer Maßnahmen, um die für die Verarbeitung Verantwortlichen, die die personenbezogenen Daten verarbeiten, davon in Kenntnis zu setzen, dass die betroffene Person die Löschung aller Verweise auf diese personenbezogenen Daten oder einer Kopie oder Replik davon verlangt hat.
3. Die Absätze 1 und 2 gelten nicht, soweit die Verarbeitung erforderlich ist:
 - a) das Recht auf freie Meinungsäußerung und Informationsfreiheit auszuüben;
 - b) zur Erfüllung einer rechtlichen Verpflichtung, die eine Verarbeitung nach dem Unionsrecht oder dem Recht eines Mitgliedstaats, dem der für die Verarbeitung Verantwortliche unterliegt, erfordert, oder zur Wahrnehmung einer Aufgabe, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem für die Verarbeitung Verantwortlichen übertragen wurde;

- c) aus Gründen des öffentlichen Interesses im Bereich der öffentlichen Gesundheit gemäß Artikel 9 Absatz 2 h) und i) der Verordnung sowie Artikel 9 Absatz 3 der Verordnung;

- d) zu im öffentlichen Interesse liegenden Archivierungszwecken, zu wissenschaftlichen oder historischen Forschungszwecken oder zu statistischen Zwecken gemäß Artikel 89 Absatz 1 der Verordnung, wenn das in Absatz 1 genannte Recht die Verwirklichung der Zwecke dieser Verarbeitung unmöglich machen oder ernsthaft behindern könnte, oder
- e) zum Nachweis, zur Ausübung oder zur Verteidigung von Rechtsansprüchen.

Recht auf Einschränkung der Verarbeitung

1. Die betroffene Person hat das Recht, von dem für die Verarbeitung Verantwortlichen die Einschränkung der Verarbeitung in einem der folgenden Fälle zu verlangen:
 - a) die betroffene Person bestreitet die Richtigkeit der personenbezogenen Daten während einer Frist, die es dem für die Verarbeitung Verantwortlichen ermöglicht, die Richtigkeit der personenbezogenen Daten zu überprüfen;
 - b) die Verarbeitung unrechtmäßig ist und die betroffene Person gegen die Löschung der personenbezogenen Daten Einspruch erhebt und stattdessen die Einschränkung ihrer Verwendung verlangt;
 - c) der für die Verarbeitung Verantwortliche die personenbezogenen Daten für die Zwecke der Verarbeitung nicht mehr benötigt, die betroffene Person sie jedoch zur Begründung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen benötigt;
 - d) die betroffene Person hat gemäß Artikel 21 Absatz 1 der Verordnung Widerspruch gegen die Verarbeitung eingelegt, solange nicht nachgewiesen ist, dass die berechtigten Gründe des für die Verarbeitung Verantwortlichen gegenüber denen der betroffenen Person überwiegen.
2. Wurde die Verarbeitung gemäß Absatz 1 eingeschränkt, so dürfen diese personenbezogenen Daten - mit Ausnahme der Speicherung - nur mit Einwilligung der betroffenen Person oder zur Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen oder zum Schutz der Rechte einer anderen natürlichen oder juristischen Person oder aus Gründen eines wichtigen öffentlichen Interesses der Union oder eines Mitgliedstaats verarbeitet werden.
3. Der für die Verarbeitung Verantwortliche unterrichtet die betroffene Person, die die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Absatz 1 erwirkt hat, bevor die Einschränkung der Verarbeitung aufgehoben wird.

Recht auf Übertragbarkeit

1. Die betroffene Person hat das Recht, die sie betreffenden personenbezogenen Daten, die sie dem für die Verarbeitung Verantwortlichen zur Verfügung gestellt hat, in einem strukturierten, gängigen und maschinenlesbaren Format zu erhalten, und sie hat das Recht, diese Daten einem anderen für die Verarbeitung Verantwortlichen zu übermitteln, ohne dass der für die Verarbeitung Verantwortliche, dem die personenbezogenen Daten übermittelt wurden, dies verhindern kann:
 - a) die Verarbeitung beruht auf einer Einwilligung gemäß Artikel 6 Absatz 1 a) der Verordnung oder Artikel 9 Absatz 2 a) der Verordnung oder auf einem Vertrag gemäß Artikel 6 Absatz 1 b) der Verordnung, und
 - b) wenn die Verarbeitung mit Hilfe automatisierter Verfahren durchgeführt wird.
2. Bei der Ausübung ihres Rechts auf Datenübertragbarkeit gemäß Absatz 1 hat die betroffene Person das Recht, zu erwirken, dass die personenbezogenen Daten direkt von einem für die Verarbeitung Verantwortlichen an einen anderen für die Verarbeitung Verantwortlichen übermittelt werden, soweit dies technisch machbar ist.
3. Die Ausübung des in Absatz 1 des vorliegenden Artikels genannten Rechts erfolgt unbeschadet des Artikels 17 der Verordnung. Dieses Recht gilt nicht für die Verarbeitung, die für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich ist, die im öffentlichen Interesse liegt oder in Ausübung öffentlicher Gewalt erfolgt, die dem für die Verarbeitung Verantwortlichen übertragen wurde.
4. Das in Absatz 1 genannte Recht darf die Rechte und Freiheiten anderer nicht beeinträchtigen.

Recht auf Widerspruch

1. Die betroffene Person hat das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, jederzeit gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten, die aufgrund von Artikel 6 Absatz 1 e) oder f) der Verordnung erfolgt, Widerspruch einzulegen; dies gilt auch für ein auf diese Bestimmungen gestütztes Profiling. Der für die Verarbeitung Verantwortliche verarbeitet die personenbezogenen Daten nicht weiter, es sei denn, er kann zwingende schutzwürdige Gründe für die Verarbeitung nachweisen, die die Interessen, Rechte und Freiheiten der betroffenen Person überwiegen, oder die Verarbeitung dient der Geltendmachung, Ausübung oder Verteidigung von Rechtsansprüchen.
2. Werden personenbezogene Daten für Zwecke der Direktwerbung verarbeitet, so hat die betroffene Person das Recht, jederzeit Widerspruch gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten zum Zwecke derartiger Werbung einzulegen; dies gilt auch für das

Profiling, soweit es mit solcher Direktwerbung in Verbindung steht.

3. Widerspricht die betroffene Person der Verarbeitung für Zwecke der Direktwerbung, dürfen die personenbezogenen Daten nicht mehr für diese Zwecke verarbeitet werden.
4. Das in den Absätzen 1 und 2 genannte Recht wird der betroffenen Person spätestens bei der ersten Kommunikation mit ihr ausdrücklich zur Kenntnis gebracht und klar und getrennt von allen anderen Informationen dargestellt.
5. Im Rahmen der Nutzung von Diensten der Informationsgesellschaft und ungeachtet der Richtlinie 2002/58/EG kann die betroffene Person ihr Widerspruchsrecht mit Hilfe automatisierter Verfahren unter Verwendung technischer Spezifikationen ausüben.
6. Werden personenbezogene Daten zu wissenschaftlichen oder historischen Forschungszwecken oder zu statistischen Zwecken gemäß Artikel 89 Absatz 1 der Verordnung verarbeitet, so hat die betroffene Person das Recht, aus Gründen, die sich aus ihrer besonderen Situation ergeben, gegen die Verarbeitung sie betreffender personenbezogener Daten Widerspruch einzulegen, es sei denn, die Verarbeitung ist für die Wahrnehmung einer Aufgabe erforderlich, die im öffentlichen Interesse liegt.

Benachrichtigung von Drittparteien

Der für die Verarbeitung Verantwortliche unterrichtet jeden Empfänger, dem die personenbezogenen Daten übermittelt wurden, über die Berichtigung oder Löschung personenbezogener Daten oder die Einschränkung der Verarbeitung gemäß Artikel 16, Artikel 17 Absatz 1 und Artikel 18 der Verordnung, es sei denn, dies erweist sich als unmöglich oder ist mit unverhältnismäßigem Aufwand verbunden. Der für die Verarbeitung Verantwortliche unterrichtet die betroffene Person über diese Empfänger, wenn die betroffene Person dies wünscht.

Einleitung des Verfahrens auf Antrag der betroffenen Person

Die betroffene Person hat gemäß §100 des Gesetzes 18/2018 Slg. das Recht, einen Antrag auf Einleitung eines Verfahrens zu stellen, wenn sie in ihren durch dieses Gesetz vorgesehenen Rechten unmittelbar betroffen ist. Die Behörde prüft die Beschwerde innerhalb von 30 Tagen ab dem Tag des Eingangs der Beschwerde. Die Behörde unterrichtet den Antragsteller innerhalb von 30 Tagen nach Eingang der Beschwerde über die Art und Weise der Bearbeitung der Beschwerde.